

Stellungnahme

20.03.2025

Für eine zukunftsfähige psychosoziale Versorgung: Klare politische Weichenstellungen gefordert

TÜBINGEN – Die Deutsche Gesellschaft für Verhaltenstherapie (DGVT) e. V. und der DGVT-Berufsverband Psychosoziale Berufe (DGVT-BV) e. V. erwarten von der neuen Bundesregierung eine klare Positionierung zur ambulanten psychotherapeutischen Versorgung und zur psychosozialen Versorgung über Beratungsstellen und andere Einrichtungen der freien Träger und der Kommunen. Die zukünftige Bundesregierung wird aufgefordert, bereits in den Koalitionsverhandlungen eine **tragfähige Agenda für die ambulante psychotherapeutische und psychosoziale Versorgung** der Bevölkerung festzulegen. Bislang liegt der Schwerpunkt auf der Krankenhausfinanzierung. Krankenhäuser können jedoch nur entlastet werden durch eine flächendeckende und für alle Bevölkerungsgruppen gut erreichbare ambulante Versorgung.

- Wegen des vorzeitigen Endes der bisherigen Regierungskoalition wurden wichtige Gesetzesvorhaben nicht mehr umgesetzt. Dies betrifft unter anderem zentrale Reformen für psychisch erkrankte Menschen, insbesondere für Kinder, Jugendliche und andere vulnerable Gruppen. Auch die Finanzierung der psychotherapeutischen Weiterbildung bleibt ungeklärt. Damit sich die sowieso seit langem sehr angespannte ambulante psychotherapeutische Versorgungslage mit bis zu einem Jahr Wartezeit auf einen Platz für eine psychotherapeutische Behandlung nicht weiter zuspitzt, muss eine neue Regierung alle Anstrengungen unternehmen, um eine zukunftsfähige Versorgung sicherzustellen. Dafür ist auch eine **eigene Bedarfsplanung für die psychotherapeutische Versorgung von Kindern und Jugendlichen** sowie die **Finanzierung der psychotherapeutischen Weiterbildung** dringend notwendig.
- Derzeit ist in der öffentlichen Debatte eine äußerst **problematische Verknüpfung zwischen den Themen Gewaltverbrechen, psychische Erkrankungen und geflüchtete Menschen** zu beobachten. Psychische Erkrankungen gehen jedoch keineswegs per se mit einem erhöhten Risiko einer Fremdgefährdung einher. Im Gegenteil sind psychisch erkrankte sowie geflüchtete Menschen signifikant häufiger Opfer von Gewalttaten. Deshalb ist die beste Prävention von Gewalttaten ein niederschwelliger Zugang zu Beratungsangeboten und Psychotherapie – gerade für besonders von Traumatisierungen betroffene Personengruppen wie es auch Menschen mit Fluchterfahrungen sein können. Insofern ist es dramatisch, dass nur knapp drei Prozent der Geflüchteten mit einem potenziellen Bedarf eine angemessene psychosoziale Versorgung erhalten. Die künftige Regierung muss

daher die auskömmliche Finanzierung der psychosozialen Zentren für Geflüchtete und Folteropfer sicherstellen. Auch die Kostenübernahme für Sprachmittlung im Rahmen therapeutischer Angebote bedarf endlich einer verbindlichen Regelung.

- Auch andere **vulnerable Gruppen** leiden besonders unter dem Mangel an gut zugänglicher und diskriminierungssensibler Psychotherapie im Speziellen und psychosozialer Versorgung im Allgemeinen. Eine stabile finanzielle Absicherung von Beratungsangeboten für Menschen, die von Diskriminierung, sexualisierter und anderer Gewalt betroffen sind, muss von einer neuen Regierung mit hoher Priorität angegangen werden. Gleiches gilt beim Thema Suizidprävention – es braucht ein verbindliches Suizidpräventionsgesetz.
- **Gewalt gegen Kinder** zu verhindern, gehört zum Grundsatz einer jeden Regierung. Dafür braucht es flächendeckende, für Kinder erreichbare, spezialisierte Hilfeangebote. Stellen Sie auch finanziell sicher, dass die unabhängige Beauftragte der Bundesregierung ihre Arbeit, gemeinsam mit ihren Kommissionen, machen kann. Und da es noch viele Menschen gibt, die keine Hilfe gegen sexuellen Missbrauch bekamen und heute auch gesundheitlich unter den Folgen der Gewalt leiden, muss sichergestellt sein, dass der erweiterte Hilfsfond ein Folgemodell bekommt, damit auch nach dem 31. August 2025 weitere Anträge auf finanzielle Unterstützung zur Linderung der größten Not gestellt werden können.
- Gegen **geschlechtsspezifische Gewalt** ist mit dem Gewalthilfegesetz ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung gemacht worden. Gerade besonders vulnerable Frauengruppen und Transpersonen haben aber unverändert zu hohe Hürden, die abgebaut werden müssen. Das Gewaltschutzgesetz nach der Istanbul-Konvention muss weiter ausgebaut werden. Femizide sind immer noch Bestandteil unserer westlichen Lebenssituation, trotz gleicher Rechte für allen Menschen.
- **Armut, Ausgrenzung und Diskriminierungserfahrungen** haben unweigerlich auch Folgen für die psychische Gesundheit der Betroffenen. Soziale Gerechtigkeit und gleichberechtigte Teilhabe in allen Lebensbereichen zu fördern, ist daher ebenso ein Beitrag zur Prävention psychischer Erkrankungen wie der Einsatz für Weltoffenheit, Toleranz, Vielfalt und Mitmenschlichkeit. Auch die Klimakrise verschärft soziale Ungleichheiten und wirkt sich negativ auf die psychische Gesundheit aus. Deshalb sind ganzheitliche Lösungsansätze erforderlich, die sowohl soziale als auch ökologische Herausforderungen berücksichtigen.
- Die **Klimakatastrophe** wird in dem Sondierungspapier nicht in ihrer Dramatik erfasst, sondern als Randproblem behandelt, welches sich mit technischen Mitteln lösen lassen wird und der Wirtschaft untergeordnet ist. Dafür stehen exemplarisch die Aussagen zu Kernfusion und CCS (Abscheidung und unterirdische Speicherung von CO₂), an deren Umsetzbarkeit und positiven Wirkung große Zweifel bestehen. Gaskraftwerke sollen weiter ausgebaut werden, damit Strom billiger wird. Damit geht

jeder Anreiz zum Stromsparen und zum weiteren Umbau auf erneuerbare Energien verloren. Die **Anpassung an die Folgen** der Klimakrise findet keine Erwähnung, obwohl bekannt ist, dass es gerade hier um die Gesundheit der Bevölkerung geht.

Eine verlässliche soziale Infrastruktur, auch in Form von bedarfsgerechter psychosozialer und psychotherapeutischer Versorgung, ist eine wichtige Voraussetzung für das Vertrauen in demokratische Entscheidungsprozesse und ein funktionierendes Staatswesen. DGVT und DGVT-BV erwarten daher von den gewählten Parteien, dass sie sich für eine diskriminierungsfreie und sozial verantwortliche Politik einsetzen, die die realen Sorgen der Menschen ernst nimmt und nicht durch Migrationsangst eine Stellvertreterdebatte befeuert.

Als Mitglied im Paritätischen Gesamtverband tragen wir deren Forderungen mit, die insbesondere auf den großen und dringenden Handlungsbedarf für mehr Solidarität und Zusammenhalt aufmerksam machen.

[Zum Statement des Paritätischen Gesamtverbands](#)